

Vereinbarungen des Bundes mit einzelnen Ländern (Art 15a Abs 1 B-VG)

(Stand 19. Jänner 2024)

Erstellt vom Institut für Föderalismus

Wissenschaftliche Leitung: Univ.-Prof. Dr. Peter Bußjäger

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Christoph Schramek/Dr. Mathias Eller

(institut@foederalismus.at)



Einleitende Bemerkungen:

Bei den Art 15a B-VG-Vereinbarungen handelt es sich um öffentlich-rechtliche Verträge zwischen Bund und Ländern (vertikale Koordination) oder zwischen Ländern untereinander (horizontale Koordination). Sie binden ausschließlich die Vertragspartner, aus ihnen können einzelne Personen keine unmittelbaren Rechte ableiten. Art 15a B-VG-Vereinbarungen erfreuen sich mit Blick auf die vergangenen Jahre zunehmender Beliebtheit. Sie ermöglichen eine freiwillige Koordinierung in bestimmten Politikbereichen, dies ungeachtet der jeweils vorherrschenden Kompetenzlage. In gewisser Weise werden dadurch die Länder vor weiteren Kompetenzverlusten geschützt, bestünde die Alternative in vielen Fällen ansonsten darin, neue Bundeskompetenzen und damit Verfassungsänderungen zu begünstigen.

Die Institutsassistenten des Instituts für Föderalismus, Dr. *Christoph Schramek* (bis August 2020) und Dr. *Mathias Eller* (seit August 2020) haben sich in Kooperation und mit Unterstützung aller neun Bundesländer, dem Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst (BKA VD) sowie der Verbindungsstelle der Bundesländer (VSt) zum Ziel gesetzt, mit einer konzisen Darstellung der noch in Kraft stehenden Art 15a B-VG-Vereinbarungen eine noch bestehende Forschungslücke zu schließen.

Die folgende Liste enthält alle (potentiell) **aktuellen** Art 15a B-VG-Vereinbarungen, die zwischen dem **Bund und einzelnen Ländern** geschlossen worden sind. Bereits außer Kraft getretene Vereinbarungen werden nicht berücksichtigt. Stammfassungen (fett markiert) samt späterer (Quasi)-Novellierungen werden in der Darstellung zusammengeführt. In den Anmerkungen werden zahlreiche Rückmeldungen der Bundesländer berücksichtigt, mit deren Hilfe diese Liste vervollständigt werden konnte. Die farbigen Markierungen dienen einerseits der besseren Visualität (grün), andererseits veranschaulichen sie inhaltliche/zeitliche Verbindungen zu anderen Vereinbarungen (Querverweise – gelb).

Die Liste wird vom Institut für Föderalismus im Bedarfsfall angepasst und aktualisiert. Eine zahlenmäßige Übersicht aller geschlossenen Art 15a-Vereinbarungen ist im Anhang des jährlich erscheinenden Föderalismusberichts ersichtlich und darf an dieser Stelle darauf verwiesen werden.

Nr	Titel	LGBl	Inkrafttreten	Außerkräfttreten	Anmerkungen
1 BGBl 18/1980	Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über Vorhaben in der Bundeshauptstadt Wien, an welchen der Bund und das Land Wien interessiert sind, samt Anlagen	LGBl W 21/1979	mit Ablauf des 19. Dezember 1979	-(in Kraft)	„[...] verpflichten sich die Vertragsparteien, die nachstehend angeführten Vorhaben im Sinne der Anlagen 1 bis 8 zu verwirklichen [...]“ (Art 1 – Vereinbarung ist auf bestimmte Vorhaben bezogen) Vgl dazu auch Art 12 der Vereinbarung BGBl I 199/2022 (Nr 61).
2 BGBl 38/1980	Vereinbarung über Vorhaben im Land Kärnten, an welchen der Bund und das Land Kärnten interessiert sind, samt Anlagen	LGBl Ktn 82/1979	mit Ablauf des 21. Dezember 1979 (LGBl Ktn 12/1980)	-(in Kraft)	„[...] verpflichten sich die Vertragsparteien, die nachstehend angeführten, in den Anlagen 1 bis 8 näher umschriebenen Vorhaben zu verwirklichen [...]“ (Art 1 – Vereinbarung ist auf bestimmte Vorhaben bezogen)
5 BGBl 604/1983	Zweite Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über Vorhaben im Land Kärnten, an welchen der Bund und das Land Kärnten interessiert sind	LGBl Ktn 20/1983	am 18. November 1983 (LGBl Ktn 3/1984)	„[...] die Gültigkeit dieser Vereinbarung [ist] für die Dauer von fünf Jahren befristet“; Befristung gilt jedoch nicht für einzelne ausdrücklich angeführte Maßnahmen (§ 17); diese stehen noch in Kraft.	
10 BGBl 508/1985	Syndikatsvertrag zwischen der Republik Österreich (Bund), vertreten durch den Bundesminister für Bauten und Technik, und dem Land Niederösterreich betreffend die Errichtung und den Betrieb eines Marchfeldkanalsystems	LGBl NÖ 6960-0	10. Dezember 1985 (Keine Inkrafttretensbestimmung im Vertrag, Unterzeichnungsdatum: 19. September 1985, Kundmachung im BGBl: 9. Dezember 1985)	-(in Kraft)	Auf der Grundlage der Vereinbarung BGBl 113/1983. „Dieser Vertrag kann nur einvernehmlich gelöst werden.“ (16.) Nachfolgende Änderung durch BGBl 494/1990 (Nr 20).

20 BGBI 494/1990	Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich, mit der der Syndikatsvertrag zwischen der Republik Österreich (Bund) und dem Land Niederösterreich betreffend die Errichtung und den Betrieb eines Marchfeldkanalsystems geändert und ergänzt wird	LGBl NÖ 6960-1	mit 9. August 1990	- (in Kraft)	Änderung von BGBI 508/1985 (Nr 10). „Diese Vereinbarung kann nur einvernehmlich gelöst werden.“ (Art IV Abs 2)
38 BGBI I 86/2003	Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich, mit der der Syndikatsvertrag zwischen der Republik Österreich (Bund) und dem Land Niederösterreich betreffend die Errichtung und den Betrieb eines Marchfeldkanalsystems geändert und ergänzt wird	LGBl NÖ 6960-2	rückwirkend mit 1. Jänner 2002	- (Änderung)	Änderung von BGBI 508/1985 (Nr 10) idF BGBI 494/1990 (Nr 20). „Diese Vereinbarung kann nur einvernehmlich gelöst werden.“ (Art IV Abs 2)
15 BGBI 49/1988	Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Salzburg über die berufliche Bildung von Zeitsoldaten	Im LGBl Sbg nicht kundgemacht	mit 21. Jänner 1988	- (in Kraft)	„auf unbestimmte Dauer abgeschlossen“ (§ 9 Abs 1) „Jede Vertragspartei kann die Vereinbarung ohne Angabe von Gründen jederzeit kündigen. [...]“ (§ 9 Abs 2)
16 BGBI 248/1988	Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich über die berufliche Bildung von Zeitsoldaten	LGBl NÖ 0806-0	mit 29. Mai 1988	- (in Kraft)	„auf unbestimmte Dauer abgeschlossen“ (§ 8 Abs 1) „Jede Vertragspartei kann die Vereinbarung ohne Angabe von Gründen jederzeit kündigen. [...]“ (§ 8 Abs 2)

21 BGBl 524/1990	Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark über Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Flugplätze Graz-Thalerhof und Zeltweg	Im LGBl Stmk nicht kundgemacht	mit 25. August 1990	- (in Kraft)	Nachfolgende Änderung durch BGBl 632/1993 (Nr 24).
24 BGBl 632/1993	Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark über Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Flugplätze Graz-Thalerhof und Zeltweg geändert wird	Im LGBl Stmk nicht kundgemacht	mit 30. September 1993	- (Änderung)	Änderung von BGBl 524/1990 (Nr 21).
23 BGBl 585/1991	Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich über die bezirksgerichtliche Organisation im Land Niederösterreich samt Anlagen	LGBl NÖ 0808-0	12. November 1991	- (in Kraft)	
25 BGBl 501/1994	Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich über die Errichtung und den Betrieb des Universitätszentrums für Weiterbildung (Donau-Universität Krems) samt Anlage	LGBl NÖ 0811-0	21. Mai 1994	- (in Kraft)	„Die Vereinbarung wird für die Dauer des rechtlichen Bestehens des gemäß Art. I errichteten Universitätszentrums für Weiterbildung (Donau Universität Krems) abgeschlossen.“ (Art VII) Vgl auch die Vereinbarungen BGBl I 81/2004 (Nr 42) und BGBl I 9/2019 (Nr 55).

42 BGBI I 81/2004	Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich über den Ausbau des Universitätszentrums für Weiterbildung (Donau-Universität Krems) samt Anlage	LGBl NÖ nicht kundgemacht	mit 30. Juli 2004	- (in Kraft)	„Die Vereinbarung wird für die Dauer des rechtlichen Bestehens des Universitätszentrums für Weiterbildung (Donau-Universität Krems) bzw. ihrer gesetzlichen Rechtsnachfolgerin abgeschlossen.“ (Art VI) Vgl auch die Vereinbarungen BGBI 501/1994 (Nr 25) und BGBI I 9/2019 (Nr 55).
55 BGBI I 9/2019	Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich über die weitere Entwicklung der Universität für Weiterbildung Krems (Donau-Universität Krems)	LGBl NÖ 25/2019	am 27. Jänner 2019	- (in Kraft)	„Die Vereinbarung wird für die Dauer des rechtlichen Bestehens des Universitätszentrums für Weiterbildung (Donau-Universität Krems) bzw. ihrer gesetzlichen Rechtsnachfolgerin abgeschlossen.“ (Art 6) Vgl auch die Vereinbarungen BGBI 501/1994 (Nr 25) und I 81/2004 (Nr 42).
26 BGBI 570/1994	Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Kärnten, Salzburg und Tirol über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Schutzes und der Förderung des Nationalparks Hohe Tauern	LGBl Ktn 78/1994 LGBl Sbg 95/1994 LGBl Tir 71/1994	mit 10. August 1994	- (in Kraft)	„Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.“ (Art IX Abs 1)
28 BGBI I 17/1997	Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich und Wien zur Errichtung und Erhaltung eines Nationalparks Donau-Auen samt Anlagen	LGBl NÖ 5506-0 LGBl W 7/1997	mit 2. Februar 1997	- (in Kraft)	„Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann von den Vertragsparteien frühestens zehn Jahre nach ihrem Inkrafttreten schriftlich gekündigt werden.“ (Art XIII Abs 1)

29 BGBl I 51/1997	Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich zur Errichtung und Erhaltung eines Nationalparks Oberösterreichische Kalkalpen samt Anlagen	LGBl OÖ 49/1997	mit 10. Mai 1997	-(in Kraft)	„Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann von den Vertragsparteien frühestens zehn Jahre nach ihrem Inkrafttreten schriftlich gekündigt werden.“ (Art XII Abs 1)
30 Kein BGBl	Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern Burgenland, Niederösterreich, Steiermark und Wien über eine Vereinbarung gemäß § 68c Weingesetz 1985	LGBl W 9/1998 Im Bgld LGBl, Stmk LGBl und im NÖ LGBl nicht kundgemacht	18. Dezember 1997	-(in Kraft)	„Diese Vereinbarung regelt die Finanzierung der Förderungsmaßnahmen gemäß § 68c des Weingesetzes 1985 [BGBl 444/1985 idF BGBl 583/1995] ab dem Budgetjahr 1997.“ (I.)
31 BGBl I 58/1998	Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich zur Errichtung und Erhaltung eines Nationalparks Thayatal samt Anlage	LGBl NÖ 5507-0	mit 12. April 1998	-(in Kraft)	„Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann von den Vertragsparteien frühestens zehn Jahre nach ihrem Inkrafttreten schriftlich gekündigt werden.“ (Art XI Abs 1)
32 BGBl I 75/1999	Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Burgenland zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel samt Anlagen	LGBl Bgld 31/1999	mit 16. Mai 1999	-(in Kraft)	Berichtigung durch BGBl I 108/2005. „Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann von den Vertragsparteien frühestens zehn Jahre nach ihrem Inkrafttreten schriftlich gekündigt werden.“ (Art XII Abs 1)
33 BGBl I 195/1999	Vereinbarung zur Sicherstellung der Patientenrechte (Patientencharta) (Bund – Kärnten)	LGBl Ktn 49/1999	mit 1. September 1999	-(in Kraft)	

34 BGBl I 89/2001	Vereinbarung zur Sicherstellung der Patientenrechte (Patientencharta) (Bund – Burgenland)	LGBl Bgld 21/2001	mit 1. Juli 2001	-(in Kraft)	
35 BGBl I 116/2001	Vereinbarung zur Sicherstellung der Patientenrechte (Patientencharta) (Bund – Oberösterreich)	LGBl OÖ 89/2001	mit 1. September 2001	-(in Kraft)	
36 BGBl I 36/2002	Vereinbarung zur Sicherstellung der Patientenrechte (Patientencharta) (Bund – Niederösterreich)	LGBl NÖ 0820-0	mit 1. Februar 2002	-(in Kraft)	
37 BGBl I 153/2002	Vereinbarung zur Sicherstellung der Patientenrechte (Patientencharta) (Bund – Steiermark)	LGBl Stmk 101/2002	mit 1. Oktober 2002	-(in Kraft)	
39 BGBl I 88/2003	Vereinbarung zur Sicherstellung der Patientenrechte (Patientencharta) (Bund – Tirol)	LGBl Tir 90/2003	mit 1. Oktober 2003	-(in Kraft)	
40 BGBl I 107/2003	Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark zur Errichtung und zum Betrieb eines Nationalparks Gesäuse	LGBl Stmk 70/2003	mit 24. August 2003	-(in Kraft)	„Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann von den Vertragsparteien frühestens zehn Jahre nach ihrem In-Kraft-Treten schriftlich gekündigt werden.“ (Art 11 Abs 1)
41 BGBl I 127/2003	Vereinbarung zur Sicherstellung der Patientenrechte (Patientencharta) (Bund – Vorarlberg)	LGBl Vbg 80/2003	mit 1. Jänner 2004	-(in Kraft)	

43 BGBI I 42/2006	Vereinbarung zur Sicherstellung der Patientenrechte (Patientencharta) (Bund – Wien)	LGBL W 28/2006	mit 1. April 2006	- (in Kraft)	
44 BGBI I 107/2006	Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich über die Errichtung und den Betrieb des Institute of Science and Technology – Austria samt Anhang	LGBI NÖ 0823-0	mit 7. Juli 2006	- (in Kraft)	„Die Vereinbarung wird auf unbestimmte Dauer abgeschlossen und ist erstmals nach Ablauf des 31. Dezember 2036 mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr kündbar. Eine allfällige Kündigung berührt nicht die Geltungsdauer von Art. III Abs. 3, die sich nach Abs. 1 bestimmt.“ (Art VI idF BGBI I 3/2022 [Nr 58]) Siehe die Änderung der Vereinbarung durch BGBI I 100/2012 (Nr 48) und BGBI I 3/3022 (Nr 58).
48 BGBI I 100/2012	Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich zur Änderung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Errichtung und den Betrieb des Institute of Science and Technology - Austria samt Anhang	LGBI NÖ 0823-1	mit 24. November 2012	- (Änderung)	Änderung von BGBI I 107/2006 (Nr 44). Nachfolgende Änderung durch BGBI I 3/2022 (Nr 58).

58 BGBI I 3/2022	Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich zur Änderung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich über die Errichtung und den Betrieb des Institute of Science and Technology – Austria samt Anhang	LGBl NÖ 12/2022	mit 10. Jänner 2022	- (Änderung)	Änderung von BGBI I 107/2006 (Nr 44) idF BGBI I 100/2012 (Nr 48).
45 BGBI I 140/2006	Vereinbarung zur Sicherstellung der Patientenrechte (Patientencharta) (Bund – Salzburg)	LGBl Sbg 75/2006	mit 1. August 2006	- (in Kraft)	
46 BGBI II 67/2007	Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Wien über Vorhaben des Hochwasserschutzes im Bereich der österreichischen Donau	LGBl NÖ nicht kundgemacht LGBl OÖ 28/2007 LGBl W 10/2007	mit 16. März 2007	- (in Kraft)	Siehe die (ergänzenden) (Zusatz-)Vereinbarungen BGBI I 201/2013 (Nr 50), BGBI I 158/2022 (Nr 59) und BGBI I 159/2022 (Nr 60). „Diese Vereinbarung kann nur im Einvernehmen aller Vertragsparteien aufgelöst werden.“ (Art 8) <u>Anmerkung</u> OÖ: erforderliche Maßnahmen binnen 10 Jahren (Art. 2 Abs. 1 – konkret lt. Anlage betreffend Vorhaben in den Jahren 2006 bis 2015 → Nicht mehr aktuell

<p>50 BGBI I 201/2013</p>	<p>2. Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Wien über Vorhaben des Hochwasserschutzes im Bereich der österreichischen Donau</p>	<p>LGBl NÖ 0838-0 LGBl OÖ 71/2013 LGBl W 59/2013</p>	<p>mit 5 Oktober 2013</p>	<p>-(in Kraft)</p>	<p>„Basis bildet hierzu die Vereinbarung BGBI. II Nr. 67/2007 [Nr 46].“ (Präambel)</p> <p>„Diese Vereinbarung kann nur im Einvernehmen aller Vereinbarungsparteien aufgelöst werden.“ (Art 7)</p> <p>Nachfolgende (Zusatz-)Vereinbarungen: BGBI I 158/2022 (Nr 59) und BGBI I 159/2022 (Nr 60).</p> <p><u>Anmerkung</u> OÖ: „In Verfolgung und aufbauend sowie ergänzend zur Vereinbarung BGBI. II Nr. 67/2007“ (Art. 1) siehe Nr. 46</p> <p>betroffener Zeitraum: 2017 bis 2023 (Art. 2)</p>
<p>59 BGBI I 158/2022</p>	<p>3. Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Wien über Vorhaben des Hochwasserschutzes im Bereich der österreichischen Donau</p>	<p>LGBl NÖ 77/2022 LGBl OÖ 93/2022 LGBl W 43/2022</p>	<p>mit 29. September 2022</p>	<p>-(in Kraft)</p>	<p>„Diese Vereinbarung kann nur im schriftlichen Einvernehmen aller Vereinbarungsparteien aufgelöst werden.“ (Art 6)</p> <p>Betroffener Zeitraum: 2022 bis 2030</p> <p>Vgl dazu auch die Zusatzvereinbarung BGBI I 159/2022 zwischen dem Bund und den Ländern NÖ und W (Nr 60).</p>

60 BGBl I 159/2022	Zusatzvereinbarung zur 3. Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich und Wien über Vorhaben des Hochwasserschutzes im Bereich der österreichischen Donau	LGBl NÖ 78/2022 LGBl W 44/2022	mit 29. September 2022	-(in Kraft)	„Diese Vereinbarung kann nur im schriftlichen Einvernehmen aller Vereinbarungsparteien aufgelöst werden.“ (Art 5) „Der Bund, [...] das Land Niederösterreich und das Land Wien, [...] sind, in der Absicht effiziente Schutzmaßnahmen vor künftigen [...] an der österreichischen Donau der 2. Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG, BGBl. I Nr. 201/2013, die am 30. Juni 2021 noch nicht begonnen wurden, umzusetzen, übereingekommen“ (Präambel)
49 BGBl II 66/2013	Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Parkraumüberwachung in Wien	LGBl W 15/2013	mit 1. März 2013	-(in Kraft)	„Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.“ (Art 13 Abs 1)
51 BGBl I 1/2014	Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich über das Hochwasserschutzprojekt „Eferdinger Becken“	LGBl OÖ 4/2014	mit Ablauf des 19. Dezember 2013	-(in Kraft)	„Diese Vereinbarung kann nur im Einvernehmen der Vereinbarungsparteien aufgelöst werden.“ (Art 7 Abs 1) <u>Anmerkung OÖ:</u> betroffener Zeitraum: 2014 bis 2022 (Art. 2, vgl. auch Art. 4 Abs. 2 betr. ein mögliches Überschreiten der Laufzeit der Vereinbarung)
52 BGBl I 18/2014	Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich über die Errichtung und den Betrieb einer Medizinischen Fakultät und die Einrichtung des Studiums der Humanmedizin an der Universität Linz	LGBl OÖ 24/2014	mit 29. März 2014	-(in Kraft)	„Die Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und kann von den beiden Vertragspartnern nur einvernehmlich abgeändert oder aufgehoben werden.“ (Art 6 Abs 3; vgl auch Art 6 Abs 1 und 2)

54 BGBl I 159/2017	Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Tirol über Hub-schrauberdienste für den Zivil- und Katastrophenschutz im Land Tirol	LGBl Tir 123/2017	mit 17. Dezember 2017	-(in Kraft)	„Diese Vereinbarung wird für einen Zeitraum von 15 Jahren abgeschlossen.“ (§ 10 Abs 1)
56 BGBl I 173/2021	Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich über die Finanzierung der Planung der Stadtregionalbahnprojekte Linz	LGBl OÖ 89/2021	mit 16. Juli 2021	-(in Kraft)	
57 BGBl I 193/2021	Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Tirol über die Finanzierung der Regionalbahn Tiroler Zentralraum, Abschnitt Rum	LGBl Tir 169/2021	mit 22. Oktober 2021	-(in Kraft)	
61 BGBl I 199/2022	Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Wien über die vierte und fünfte Ausbauphase der Wiener U-Bahn		Mit 1. Dezember 2022		„Die Geltung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über Vorhaben in der Bundeshauptstadt Wien, an welchen der Bund und das Land Wien interessiert sind, BGBl. Nr. 18/1980 und LGBl. für Wien Nr. 21/1979 [Nr 1], bleibt von der Umsetzung dieser Vereinbarung unberührt.“ (Art 12 Abs 1) „Da die in Art. 3 angeführten Bauvorhaben nunmehr mit dieser Vereinbarung geregelt werden, sind frühere Vereinbarungen dazu, die auf Basis der Vereinbarung BGBl. Nr. 18/1980 und LGBl. für Wien Nr. 21/1979 [Nr 1] geschlossen wurden, nicht mehr anzuwenden.“ (Art 12 Abs 2)

62 BGBI I 200/2022	Vereinbarung gemäß Artikel 15a Abs. 1 B-VG zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich über die Errichtung und den Betrieb des Institute of Digital Sciences Austria samt Anlagen (IDSA-Vereinbarung)	LGBl OÖ 144/2022	mit 12. Dezember 2022	-(in Kraft)	„Die Vereinbarung wird für die Dauer des rechtlichen Bestehens der Verpflichtungen des Landes Oberösterreich gemäß Art. 3 sowie Anlage 3 abgeschlossen. Davon ausgenommen ist Art. 4 (Auflassung), der auch darüber hinaus gilt.“ (Art 7)
-------------------------------------	--	---------------------	-----------------------	--------------------	---